

1 **Ar-11**
2 **Antragsteller: STV Lüdenscheid/ UB Märkischer Kreis**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Strukturprogramme und bessere Mitbestimmung für**
7 **Transformation schaffen!**
8
9 Die NRWSPD fordert die Entwicklung von Strukturpro-
10 grammen für Regionen, die in besonderer Weise durch
11 die Transformation von Arbeit und Wirtschaft betrof-
12 fen sein werden. Diese Programme sollen auch Inves-
13 titionen in Zukunftstechnologien, die Förderung von
14 Wissens- und Forschungstransfer, die Unterstützung
15 von Bildungsprogrammen sowie die Unterstützung von
16 Wirtschaftsförderung, welche Anreize für neue wirt-
17 schaftliche Schwerpunkte schaffen soll, beinhalten.
18
19 Gesetzliche Impulse zur Durchsetzung eines Rechts auf
20 Arbeit, eines Anspruchs auf Aus- und Weiterbildung
21 und zur Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung
22 sollen die Beschäftigten bei den Herausforderungen
23 von Digitalisierung, Dekarbonisierung und weiterer Au-
24 tomatisierung unterstützen. Die SPD steht dafür, die
25 Transformation nicht nur als Risiko zu sehen, sondern
26 diese auch als Chance zu begreifen, die Mitbestim-
27 mungsmöglichkeiten der Beschäftigten in den Unter-
28 nehmen zu stärken.
29
30 Schon jetzt ist absehbar, dass nicht nur in den Ballungs-
31 zentren oder zum Beispiel im rheinischen Revier ein er-
32 heblicher Strukturwandel zu erleben sein wird. Die SPD
33 steht dafür, diesen Strukturwandel nicht mit dem Blick
34 zurück zu bewältigen. Die Industrieregionen und insbe-
35 sondere die Beschäftigten dieser Regionen benötigen
36 schon jetzt Antworten auf die Fragen, die sich aus der
37 Transformation für sie ganz konkret ergeben.
38
39 Deswegen fordern wir insbesondere:
40
41 1. Die gezielte berufliche Aus- beziehungsweise Wei-
42 terbildung für Menschen, die keine oder nur eine
43 berufsfremde Qualifikation für die derzeit ausge-
44 übten Berufe besitzen, zu organisieren. Hierzu ge-
45 hören Förderung in Investitionen von Ausbildungs-
46 werkstätten, die Ergänzung der Funktionen von Beru-
47 fskollegs für berufliche Weiterbildung und die
48 Schaffung von kommunalen Beratungsstellen für
49 die Aus- und Weiterbildung vor Ort.
50
51 2. Einen Anspruch auf Weiterbildung für Fachkräf-
52 te, deren Tätigkeiten durch Transformationsprozes-
53 se verdrängt werden könnten. Damit soll auch ein
54 mögliches Rückkehrrecht in den Betrieb nach der
55 Weiterbildung verbunden werden. Die Einführung
56 eines Chancen- und Bildungskontos bleibt der rich-
57 tige Ansatz, um den Anspruch auf Weiterbildung zu
58 verstärken.
59

Empfehlung der Antragskommission:
Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-01 in Fassung An-
tragskommission

Einfügen in L-01:

Ergänze Zeile 708 nach dem Wort „ermöglichen“:
Die konkrete Beantwortung von Strukturwandel-
Fragen ist nicht nur für Ballungszentren oder zum
Beispiel das rheinische Revier hoch relevant. Darauf
können wir nicht mit einem Blick zurück reagieren,
sondern mit einer mutigen Investitionsstrategie so-
wie gesetzlichen Impulsen zur Durchsetzung eines
Rechts auf Arbeit, eines Anspruches auf Aus- und
Weiterbildung und einer Stärkung von betrieblicher
Mitbestimmung.

Ergänze Zeile 956 am Ende:

Konkret setzen wir auf die Förderung in Investitionen
von Ausbildungswerkstätten, die Ergänzung der Funk-
tionen von Berufskollegs für berufliche Weiterbildung
und die Schaffung von kommunalen Beratungsstellen
für die Aus- und Weiterbildung vor Ort. Wir brauchen ei-
nen Anspruch auf Weiterbildung für Fachkräfte, deren
Tätigkeiten durch Transformationsprozesse verdrängt
werden könnten. Damit soll auch ein mögliches Rück-
kehrrecht in den Betrieb nach der Weiterbildung ver-
bunden werden. Die Einführung eines Chancen- und
Bildungskontos bleibt der richtige Ansatz, um den An-
spruch auf Weiterbildung zu verstärken. Außerdem
brauchen wir die Schaffung einheitlicher Standards für
die berufliche Aus- und Weiterbildung.

In Zeile 1192 neue Spiegelstriche einfügen:

- Die Bereitstellung von Mitteln für die örtliche Wirt-
schaftsförderung, die für die Entstehung neuer
wirtschaftlicher Schwerpunkte oder die Herstel-
lung neuer Produkte Anreize schaffen soll. Ferner
sollen Kommunen und örtliche Wirtschaftsförde-
rung zusätzliche Unterstützung erhalten, um Ge-
werbe anzusiedeln, das sich zu einer Bewirtschaf-
tung von Gewerbeflächen verpflichtet, die mög-
lichst klimaschonend sein soll (Beispiele: Energeti-
sche Maßnahmen, möglichst autarke Versorgung).
Jede Region soll die Möglichkeit erhalten, voraus-
schauend eine neue Strukturpolitik für die jeweilige
wirtschaftliche Infrastruktur definieren zu können.
- Die Unterstützung von Technologietransfer für Un-
ternehmen ohne eigene Forschungsabteilungen.
Hochschulen sollen für die regionale Bündelung
von Technologie- und Forschungsarbeit zusätzliche
Mittel erhalten.
- Die Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-
gemeinschaften, die den erforderlichen Wandel
in forschungs- und/oder finanzschwachen – auch
gegebenenfalls mit Beteiligung des Staates oder
regionaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften –

- 60 3. Die Unterstützung von Technologietransfer für Un-
61 ternehmen ohne eigene Forschungsabteilungen.
62 Hochschulen sollen für die regionale Bündelung
63 von Technologie- und Forschungsarbeit zusätzliche
64 Mittel erhalten.
65
- 66 4. Die Bereitstellung von Mitteln für die örtliche Wirt-
67 schaftsförderung, die für die Entstehung neuer
68 wirtschaftlicher Schwerpunkte oder die Herstel-
69 lung neuer Produkte Anreize schaffen soll. Ferner
70 sollen Kommunen und örtliche Wirtschaftsförde-
71 rung zusätzliche Unterstützung erhalten, um Ge-
72 werbe anzusiedeln, das sich zu einer Bewirtschaf-
73 tung von Gewerbeflächen verpflichtet, die mög-
74 lichst klimaschonend sein soll (Beispiele: Energeti-
75 sche Maßnahmen, möglichst autarke Versorgung).
76 Jede Region soll die Möglichkeit erhalten, voraus-
77 schauend eine neue Strukturpolitik für die jeweilige
78 wirtschaftliche Infrastruktur definieren zu können.
79
- 80 5. Die Schaffung einheitlicher Standards für die beruf-
81 liche Aus- und Weiterbildung. Die geplante Novel-
82 lierung des Berufsbildungsgesetzes durch die Bun-
83 desregierung wird die Herausforderungen unserer
84 Zeit nicht mutig genug angehen. Insbesondere bei
85 der Definition von Standards wird für überbetrieb-
86 liche und betriebliche Einrichtungen zur Berufsaus-
87 bildung auch die Gewährleistung von Digitalisie-
88 rungskompetenzen eine hohe Bedeutung haben.
89 Die Kontrolle der Ausbildungsqualität wird auf-
90 grund der Veränderungen eine große Aufgabe sein.
91
- 92 6. Die Förderung von Forschungs- und Entwicklun-
93 gsgemeinschaften, die den erforderlichen Wandel
94 in forschungs- und/oder finanzschwachen – auch
95 gegebenenfalls mit Beteiligung des Staates oder
96 regionaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften –
97 Unternehmen erleichtern sollen. Die Förderung
98 kann beispielsweise die Forschungsberatung, eine
99 rechtliche Vereinfachung zur Bildung von „Wissens-
100 genossenschaften“ oder die steuerliche Bevortei-
101 lung von Investitionen in solche Forschungs- und
102 Entwicklungsgemeinschaften beinhalten.

Unternehmen erleichtern sollen. Die Förderung kann beispielsweise die Forschungsberatung, eine rechtliche Vereinfachung zur Bildung von „Wissensgenossenschaften“ oder die steuerliche Bevorteilung von Investitionen in solche Forschungs- und Entwicklungsgemeinschaften beinhalten.